

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits-
und Gleichstellungsausschusses am 17.04.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Andreas Nowotny	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Norwin Dorn	Seniorenvertretung
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herr Manfred Czock	SKE
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Wolfram Neumann	BG
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw
Herr Steffen Heinritz	Verw
Frau Christel Günther	Verw
Frau Dorit Schmidt	Verw
Herr Hans-Günter Schneller	Verw
Frau Petra Schneutzer	Verw
Frau Susanne Wildner	Verw
Frau Annerose Winter	Verw

Gäste

ARGE SGB II Halle GmbH

Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin
Frau Dr. Christine Radig	Geschäftsführerin

EfA

Herr Goswin van Rissenbeck	Betriebsleiter
----------------------------	----------------

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	Vertretung Herr Eigenfeld
Frau Anja Hunger	SKE	
Frau Katja Pähle	SKE	
Frau Annerose Runde	SKE	
Herr Sven Weise	Freie Träger	
Herr Bernd Werner	Verw	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
 2. Feststellung der Tagesordnung
 3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.2.2008
 4. Regelung der Vertretung der Liga und der Seniorenvertretung der Stadt Halle im SGGA
 5. Vorlagen
 - 5.1. Arbeitsmarktprogramm 2008
Vorlage: IV/2008/07054
 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 7. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
 8. Beantwortung von Anfragen
 9. Anregungen
 10. Mitteilungen
- Information zum Stand der Umsetzung des Rauchverbotes in der Stadtverwaltung -
- 10.1. Berichterstattung: Fachbereich 11, Gesundheitsmanagement
- Mitteilung zum Sachstand ehemaliges Hörgeschädigtenzentrum (HGZ), Gellertstraße
- 10.2.
- Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II
- 10.3.
- Bekanntgabe von Beschlüssen aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 21.2.2008
- 10.4.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende bittet am Anfang der Sitzung den TOP Regelung der Vertretung der Liga und der Seniorenvertretung der Stadt Halle im SGGA in die Tagesordnung aufzunehmen. Aus organisatorischen Gründen bittet sie nach TOP 4.1. gleich den Punkt 9.3. zu behandeln, da beide TOP die Vertreter der ARGE und EfA betreffen. Die Tagesordnung wird mit den vorgenannten Änderungen bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.2.2008

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass Frau Runde (heute nicht anwesend) noch eine Antwort fehlt auf ihre Anfrage bezüglich Migranten. Sie möchte noch Zahlenmaterial zum Deutschunterricht. Frau Schneutzer antwortet, dass sie schon mit Frau Runde gesprochen hat und sie nicht beziffern kann, wie viele Migranten einen Sprachkurs besucht haben und wie viele Anspruch darauf haben bzw. hatten. Die Ermittlung dieser Zahlen ist sehr kompliziert. Nicht jeder nimmt am Kurs teil. Durch die häufigen Umzüge wird auch oft der Sprachkurs hier in Halle beantragt, jedoch hier nicht mehr besucht, sondern erst nach dem Umzug.

Herr Dr. Marquardt fragt nach dem gesetzlichen Anspruch auf diesen Deutschkurs.
Frau Schneutzer beantwortet die Frage mit ja.

Die Niederschrift vom 21.2.2008 wird bestätigt.

zu 4 Regelung der Vertretung der Liga und der Seniorenvertretung der Stadt Halle im SGGA

Die Ausschussvorsitzende bittet nun Herrn Willecke als Vertreter des Fachbereiches Recht zum Problem der Teilnahme der Liga und Seniorenvertretung zu sprechen.

Herr Willecke erläutert den Ausschussmitgliedern die Regelungen in der Gemeindeordnung. Stadträte und sachkundige Einwohner sind Mitglieder des Ausschusses, sie sind vom Stadtrat berufen. Den Vertretern der Liga und Seniorenvertretung kann das Recht der Beteiligung an der Sitzung im öffentlichen Teil gewährt werden. Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung sind die Ausschussmitglieder an die Verschwiegenheitsklausel gebunden. Die Vertreter der Liga und Seniorenvertretung können jedoch zu einem bestimmten TOP als Sachverständige teilnehmen, wenn dies erforderlich sein sollte.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Arbeitsmarktprogramm 2008 Vorlage: IV/2008/07054

Die Ausschussvorsitzende erteilt Frau Tempel das Wort.

Frau Tempel erläutert die Erarbeitung und die Inhalte des Arbeitsmarktprogrammes 2008. Besonderes Ziel ist die Kosteneinsparung. Das Programm ist vom Aufsichtsrat empfohlen und bestätigt worden.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich und begrüßt Herrn Neumann erstmals im Ausschuss sowie Herrn van Rissenbeck (EfA). Sie erteilt Herrn Neumann das Wort.

Herr Neumann hebt im Arbeitsmarktprogramm das Thema Arbeit statt Leistung (S. 14) hervor, Weiterbildung und Eingliederung müssen zielgerichtet gewährleistet werden. Er informiert über neue positive Entwicklungen, wie z. B. bei der DHL.

Problematisch sei die Tendenz, dass die BA immer stärker in die Arbeit der ARGEn eingreift und die Weisungen immer weiter ausweitet.

Frau Wolff fehlt eine Gesamtübersicht mit allen Vorhaben, die die Stadt sich vorgenommen hat. Leipzig sei Vorbild für Halle.

Frau Tomczik-Radji fragt, ob es an den Regelungen der U 25 läge, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften gesunken sei, Frau Tempel antwortet, dass dies schon 2006 war und 2007 keine Rolle spielte.

Herr Häder fragt nach den 5 Punkten als Zielstellungen: Eingliederung U 25 positiv; U 55 negativ; warum nicht Zielstellung zu Ü 55? Frau Tempel antwortet, dass die Ziele bundesweite Vorgaben der BA sind. Der Trend der schlechteren Betreuung der Älteren ist nicht festzustellen. Es wird versucht, die Ü55 zu integrieren (siehe Projekt Jahresringe). Das Bundesprogramm U 58 (bei 3jähriger Arbeitslosigkeit) läuft leider aus, das Programm Aktiv zur Rente wird noch geführt.

Frau Dr. Radig ergänzt, dass das Programm Kommunalkombi eingeführt wird. Herr van Rissenbeck spricht an, dass sich das Land auch an diesem Programm beteiligen muss. Die Klientel dafür muss passgenau gefunden werden gemeinsam mit der ARGE.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach den sogenannten Aufstockern. Hier ist zwar ein Rückgang zu verzeichnen, aber kann man sagen, dass tatsächliche Einsparungen erfolgt sind? Frau Tempel antwortet, dass eine Reduzierung zu sehen sei. Durch die Änderungen im Wohngeldgesetz 2009 werden auch noch Auswirkungen auf die KdU erwartet.

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob bestimmte Personen, die besonders von Armut bedroht sind, vorrangig eingegliedert werden. Frau Tempel sagt, dass dies in geringem Maße zu steuern sei. Aber z. B. Kinderarmut kann nicht gefiltert werden.

Herr van Rissenbeck ergänzt, dass für einzelne Programme zielgenau Personal gesucht wird, vorrangig unter der Klientel der Aufstocker.

Frau Dr. Radig erläutert, dass bei Unterbringung auf dem 2. Arbeitsmarkt keine Beendigung der Bedürftigkeit möglich ist. Die Angebote müssen im 1. Arbeitsmarkt kommen.

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob es in Halle bestimmte Branchen z. B. mit Neuansiedlungen gibt, wie die von Herrn Neumann angesprochene DHL. Zeigen sich Nachwuchsprobleme? Herr Neumann nennt pauschal die Branche der Logistik, die verstärkt angeboten wird, ebenso die Baubranche. Auch der Solarbereich ist in Halle durch die hier ansässige Forschung angestoßen worden. Junge Leute müssen gezielt in diese Richtung gelenkt werden. Die Zielgruppe 25 – 50 Jahre wird fast aus den Augen verloren, hier muss auch etwas getan werden.

Frau Tempel spricht das Thema Call-Center an, z. B. zum beruflichen Einstieg. Zum Thema Jugendliche gibt es viele Förderprogramme. Es sei schwierig, Jugendliche ohne Ausbildung zu beschäftigen.

Herr Dr. Yousif fragt, wie viele Migranten in der ARGE registriert sind, welche Maßnahmen für sie sind vorhanden? Frau Tempel antwortet, dass nur die Ausländer insgesamt ausgewiesen werden, die arbeitslos sind, hier gibt es eine stabile Tendenz. Migranten werden nicht extra ausgewiesen. Es werden keine gesonderten Programme für Migranten gemacht, diese Personen sollen integriert werden gemeinsam mit Deutschen in anderen Programmen.

Herr Czock fragt, wie hoch ist der Anteil der Personen, die auf den 1. Arbeitsmarkt Arbeit gefunden haben? Wieviel werden unabhängig von Sozialleistungen? Frau Tempel sagt, dass über Zeitarbeit Erfahrungen gesammelt werden können, auch von Aufstockern. Es sollte über einen gewissen Zeitraum ein Einkommen erzielt werden, dass unabhängig von Sozialleistungen macht. Laut Frau Tempel wird hierzu keine Statistik geführt.

Aktuelles Zahlenmaterial wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Czock fragt, ob im Logistikbereich geschultes Personal gefunden wird bzw. ob Fortbildungen stattfinden. Herr Neumann sagt, dass Personal, welches über Zeitarbeitsfirmen gefunden wird, nur Spitzen abbaut. Personal für einfache Arbeiten wird immer noch gebraucht. Spezialkenntnisse werden über Schulungen vermittelt. Herr Neumann verweist darauf, dass wie beim Beispiel der DHL unbefristete Arbeitsverträge wichtig sind.

Die Ausschussvorsitzende dankt für die Diskussion.

Die Vorlage Arbeitsmarktprogramm 2008 wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

keine

zu 7 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Herr Czock bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Auswirkungen hat die Haushaltssperre auf die im SGGA am 21.2.2008 beschlossene Vergabe von Fördermitteln für Träger und Projekte der sozialen Arbeit (IV/2008/06954)?
2. Welche Auswirkungen hat die Haushaltssperre auf weitere im Verantwortungsbereich des SGGA liegenden, bereits zugesagten und freiwilligen Geldleistungen an freie Träger, Vereine und sonstige Partner der Stadt?

Begründung:

Für die jetzt erreichten Tarifierhöhungen gibt es laut Aussage des Beigeordneten für Finanzen keinen Rücklagen. Daher werden Kürzungen im Bereich der Projekte sozialer Arbeit befürchtet, die zu deren Einstellung führen können.

Frau Schmidt beantwortet die Anfragen, dass wie auch bereits im JHA informiert wurde, die Haushaltssperre keine Auswirkungen auf die Vorhaben hat, die über Verträge oder über bereits bestandskräftige Bewilligungsbescheide gedeckt sind. Das sind verbindliche Verpflichtungen. Die in geringem Umfang noch nicht gebundenen Mittel können nur bei Aufhebung der Haushaltssperre vergeben werden. Diese "Restmittelvergabe" erfolgte bisher im Prinzip auch immer erst in der 2. Jahreshälfte, so dass sich im Moment kein Problem ergibt.

Frau Wildner informiert, dass die Antragsteller in ihrem Bereich ständig ihre Unterlagen überarbeitet haben und bearbeitungsfähige Unterlagen erst sehr spät vorlagen. Aus diesem Grund wird Frau Wildner erst im Juni die Beschlussvorlage zur Fördermittelvergabe vorlegen. Da also noch keine verbindlichen Verpflichtungen vorliegen, sind diese Mittel von der Haushaltssperre betroffen. Sie wird Einzelvergaben bei der Verwaltung beantragen.

Herr Czock fragt, warum die zur Haushaltssperre geführten Tarifforderungen nicht vorher berücksichtigt und einberechnet wurden? Frau Schmidt erklärt, dass der Arbeitgeber Stadtverwaltung natürlich die Tarifierhöhungen eingeplant habe, jedoch nicht in dem Maße, wie sie jetzt erfolgt ist. Zusammengefasst ergeben die tarifliche Steigerung sowie die Einmalzahlungen eine Erhöhung von 5,1 %, die so nicht berücksichtigt werden konnte.

Frau Wolff fragt, wie es mit der Personalstelle der Drogenbeauftragten Frau Günther nach deren Eintritt in die Altersteilzeit aussieht. Sie sagt, dass der Stadtratsbeschluss zur Besetzung der Personalstelle aufgehoben werden muss.

Frau Schmidt antwortet, dass das Fachkonzept des Fachbereiches 53, dem Frau Günther auch jetzt schon zugeordnet sei, beinhaltet, dass eine Kombination mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst geschaffen wird. Herr Dr. Marquardt ergänzt, dass die Strukturüberlegungen noch nicht ganz abgeschlossen sind.

Herr Dr. Yousif fragt nach dem Jugendklub Gimritzer Damm. Frau Schmidt informiert, dass es bei diesem Jugendklub zu einer Umstrukturierung gekommen sei, er wird jetzt vorrangig von Deutschen genutzt. Diese JFE wird in der „Pustebume“ unter dem Namen „Gimmi“ etabliert werden (ca. 5 min. entfernt vom vorherigen Standort) und ist ab Mai dort nutzbar.

Herr Dr. Yousif fragt nach der Härtefallkommission. Frau Schneutzer sagt, dass der Bericht der Härtefallkommission 2007 vorliegt (siehe Anlage) und in einem der nächsten Sitzungen vorgestellt wird.

Herr Dr. Yousif bittet um Information zur Ausländersituation. Frau Schneutzer informiert, dass der 10-Punkte-Plan im nächsten Ausschuss auf der Tagesordnung steht, der Migrationsatlas und der Bericht des Ausländerbeirates im II. Halbjahr.

zu 8 Beantwortung von Anfragen

keine

zu 9 Anregungen

Herr Dr. Yousif regt an, die Arbeit des Ausländerbeirates im Juni im Ausschuss vorzustellen. Frau Schneutzer versichert, dass die Arbeit des Ausländerbeirates im Ausschuss abgerechnet wird.

Die Ausschussvorsitzende sowie Herr Dr. Marquardt unterbreiten den Vorschlag, den Eine-Welt-Haus Halle e. V. 2008 in den Ausschuss zur Vorstellung einzuladen.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Information zum Stand der Umsetzung des Rauchverbotes in der Stadtverwaltung - Berichterstattung: Fachbereich 11, Gesundheitsmanagement

Die Ausschussvorsitzende berichtet, dass Frau Block, die zu diesem Thema heute sprechen sollte, kurzfristig erkrankt sei. Es liegt jedoch ein Informationsblatt von Frau Unger vor, welches heute zu Beginn der Sitzung verteilt wurde. Frau Schmidt erläutert, dass in diesem Informationsblatt die wichtigsten Eckpunkte enthalten sind. Die Regelungen zum Nichtraucherschutz haben in der Stadtverwaltung eine recht hohe Akzeptanz gefunden. Es sind keine großen Auffälligkeiten zu verzeichnen.

Herr Dr. Eigenfeld fragt, wie viele Personen sich zur Raucherentwöhnung gemeldet haben. Welche Kosten entstehen dadurch? Diese Frage kann heute leider nicht beantwortet werden.

Herr Häder fragt, ob durch die Umsetzung des Nichtraucherschutzes keine Minderung der Arbeitsleistungen eintritt. Frau Schmidt erläutert, dass jeder Beschäftigte kaum den 8-Stunden-Tag ganz mit Arbeit verbringt. Die Regelung, „Raucherpausen“ als Freizeit zu erfassen, wurde zurückgenommen. Wie oft jemand raucht, wird nicht erfasst.

zu 10.2 Mitteilung zum Sachstand ehemaliges Hörgeschädigtenzentrum (HGZ), Gellertstraße

Frau Schmidt spricht an, dass die Stadt Halle gern den Vereinen und Verbänden Hilfe und Unterstützung bei ihrer Arbeit gewährt. Das jetzige Objekt des HGZ soll nicht mehr genutzt werden, das ZGM hat die dort untergebrachten Vereinen und Verbänden gebeten, andere Objekte zu nutzen. Bis heute sind die Angebote nicht bestätigt worden. Die Stadt als Vermieter hat nochmals die Vereine angeschrieben und gebeten, bis 9.5. sich zu positionieren. Geschieht dies nicht, wird vom ZGM die Kündigung ausgesprochen.

Im Ausschuss wird das Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt, wenn neue Erkenntnisse vorliegen.

zu 10.3 Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II

Frau Tempel spricht über die neuen Entwicklungen und Änderungen von rechtlichen Grundlagen. Sie informiert über Umzüge innerhalb des Hauses und Strukturänderungen in der ARGE. Die aktuelle Arbeitsmarktstatistik wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.

10.4 Bekanntgabe von Beschlüssen aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 21.2.2008

Die Ausschussvorsitzende informiert über den Beschluss aus dem nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 21.2.08 zur Beschlussvorlage IV/2008/06954 Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit:

1. Die inhaltliche Herangehensweise bei der Vergabe der finanziellen Mittel und die damit verbundene Prioritätensetzung, wie sie für jedes Projekt vorgeschlagen wird, wird bestätigt.
2. Den Projekten mit Bezuschussung über 5.000 € aus dem Verwaltungshaushalt wird zugestimmt.
3. Die Vorschläge der Bezuschussung von Projekten, die bis zu 5.000 € aus dem Verwaltungshaushalt erhalten sollen, werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
4. Verspätet eingereichte Anträge für Projektförderung und neu beantragte Projekte erhalten im Rahmen der noch zur Verfügung stehenden Mittel Zuschüsse.
5. Den Ablehnungen in Anlage 4 wird zugestimmt.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.06.08

Kerner
Protokollführerin